

Unternehmen Süßkartoffel¹

Die Süßkartoffel gilt in manchen Regionen als »Frauenpflanze«. Oft wird sie von Bäuerinnen neben Mais angebaut. Ihre hohe Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche, auch schwierige Anbaubedingungen macht sie zu einem wichtigen Standbein der Ernährungssicherung. Sie hat einen hohen Nährwert, als Bodenbedecker hilft sie auf natürliche Weise gegen Unkräuter und ihr Verkauf bringt den Bäuerinnen Geld.

1990 trafen sich Robert Horsch, Vizepräsident für Produkt- und Technologiekooperation bei Monsanto, und Joel Cohen, Biotechnologie-Spezialist bei USAID, der vorher mit der US-amerikanischen Saatgutindustrie gearbeitet hatte, mit Wissenschaftlern vom kenianischen Agrarforschungsinstitut KARI, um ein Süßkartoffel-Projekt zu initiieren, das die Vorzüge der Gentechnologie² demonstrieren sollte. Weitergehend sollte es dazu beitragen, Strukturen für die Bewertung der biologischen Sicherheit zu schaffen, um den Transfer von transgenen Süßkartoffeln zu fördern. Projektleiterin wurde Florence Wambugu, die bei Monsanto ausgebildet worden war. Monsanto stellte auch kostenlos das Material zur Verfügung, mit dem die Süßkartoffel schädlingsresistent gemacht werden sollte. Finanziert wurde das Gemeinschaftsvorhaben von Industrie, Wissenschaft und öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit unter anderem durch Monsanto, die Weltbank und USAID, die enge Beziehungen zu KARI pflegt.³

Für Florence Wambugu wurde die transgene Süßkartoffel zum Sprungbrett für eine illustre Karriere. Geschickt und öffentlichkeitswirksam präsentierte sie das Projekt als Beitrag zu einer landwirtschaftlichen Revolution. Hunger und Armut in Afrika würden verringert, verkündete sie in Interviews, eine Botschaft, die in zahllosen Medienberichten wieder und wieder verbreitet wurde. Umtriebiger rief sie Foren wie das *African Biotechnology Stakeholders' Forum*, den *African Biotechnology Trust* und die *A Harvest Biotechnology Foundation International*, die vom Verband der Agroindustrie, *CropLife International*, unterstützt wird, ins Leben. Sie wurde erste Direktorin des AfriCentre von ISAAA (siehe Kasten) und in einen wissenschaftlichen Beirat der Bill&Melinda Gates-Stiftung berufen. Über ihren Förderer soll sie gesagt haben: »Die Gen-Süßkartoffel hat keinen kommerziellen Wert für Monsanto, sondern ist PR.«⁴

Anfang 2004 brachen die geschickt gestreuten Erfolgsmeldungen zusammen. Feldversuche zeigten weder höhere Erträge als bei konventionellen Süßkartoffeln, noch eine besonders ausgeprägte Widerstandsfähigkeit gegen den Virus, der zudem – im Unterschied etwa zum Rüsselkäfer – kein wirkliches Problem für den Süßkartoffelanbau darstellt. Selbst Wissenschaftler von KARI räumten ein, dass »es keine

1 Siehe zum folgenden Lim Li Ching, Broken Promises: GM sweet potato project turns sour, in: *Synthesis/Regeneration* 35, 2004 (www.greens.org/s-r/35/35-03.html); Aaron deGrassi, *Genetically Modified Crops and Sustainable Poverty Alleviation in Sub-Saharan Africa: An Assessment of Current Evidence*, 2003 (www.twnafrica.org)

2 Die Befürworter der Gentechnologie, also der Übertragung von Genen auch über Artengrenzen hinweg, sprechen lieber von Biotechnologie, was nicht nur unverfänglicher klingt, sondern auch »traditionelle« biotechnologische Verfahren wie den Einsatz von Hefepilzen bei der Bierherstellung umfasst und damit die grundlegenden Unterschiede verwischt.

3 GRAIN, USAID: Making the world hungry for GM crops, April 2005, www.grain.org/go/usaaid. Zur Strategie von Monsanto und anderen Unternehmen, Gentechnikpflanzen durchzusetzen, siehe: Antonio I. Andrioli; Richard Fuchs (Hrsg.), *Agro-Gentechnik; Die Saat des Bösen*, 2006

4 www.gmwatc.org/profile1.asp?PrId=131

nachweisbaren Vorteile durch die genetische Veränderung gibt«. (Daily Nation [Kenia], 29.1.2004) Auch nach 14 Jahren Forschung und dem Einsatz von mindestens sechs Millionen US-Dollar war die Gen-Kartoffel immer noch nicht reif für das Feld.

Aaron deGrassi, Forscher am *Institute of Development Studies* (IDS) an der University of Sussex, UK, ist der Meinung, dass es Monsanto im Grunde gar nicht um die Süßkartoffel ging.⁵ Erfolgsmeldungen und die Versprechungen hätten vielmehr die weitergehende Funktion, der Industrie dabei zu helfen, Handelsbeschränkungen und die Anforderungen an die Sicherheit von GMOs zu verringern. Das bestätigte der frühere Monsanto-Vizepräsident Robert Horsch, der es als seine Aufgabe bezeichnete, »Zustimmung zu fördern und zukünftige Märkte zu öffnen«.⁶

Hatte bis in die 1980er Jahre die Absatzförderung für Agrarüberschüsse im Vordergrund gestanden, begannen US-amerikanische Agrarkonzerne in den 1990er Jahren zunehmend, die Integration aller Märkte in die globale Nahrungsmittelkette anzustreben. Dafür müssen entsprechende politische Reformprozesse angestoßen und beeinflusst werden, z.B. Fragen der geistigen Eigentumsrechte (*Intellectual Property Rights*, IPR), vor allem bei Patenten, oder von Schutzmaßnahmen gegen die Risiken der Gentechnologie (*Biosafety*).⁷

Dass die Gentechnologie unüberschaubare Risiken birgt, war die Grundlage für das Abkommen über biologische Sicherheit (*Biosafety* bzw. *Cartagena-Protocol*, 2000), das einen international gültigen Regulierungsrahmen für den grenzüberschreitenden Verkehr von gentechnisch veränderten Organismen (GMOs) schuf. Ausgehend vom Vorsorgeprinzip eröffnet die internationale Staatengemeinschaft damit einzelnen Ländern die Möglichkeit, durch ihre nationale Gesetzgebung die Einführung von Gentechnik-Pflanzen mit Rücksicht auf gesundheitliche, ökologische und sozio-ökonomische Anliegen zu regulieren.

Afrikanische Länder und Wissenschaftler wie etwa der Äthiopier Tewolde Egziabher waren bei der Schaffung dieses Cartagena-Protokolls federführend. Das Abkommen bildete die Grundlage für die Ausarbeitung eines Modell-Gesetzes zur biologischen Sicherheit (2001), das Elemente wie Schadensersatz und Klagemöglichkeiten gegenüber der Industrie formulierte und das Recht jedes Landes anerkannte, Einfuhr und Zulassung von GMOs von der Vorlage einer umfassenden Risikoanalyse abhängig zu machen.

Für die Agroindustrie sind Cartagena-Protokoll und Modellgesetz ein rotes Tuch, weil sie die Hürden für die Einführung von Genpflanzen hoch setzen. Mit vereinten Kräften und reichlichen finanziellen Mitteln versucht die Gentech-Lobby daher, afrikanische Regierung, Institutionen und Wissenschaftler von einer industriefreundlichen Interpretation von biologischer Sicherheit zu überzeugen.

Wie das Beispiel des Süßkartoffel-Projekts in Kenia zeigt, nimmt beim Versuch, die Akzeptanz der »grünen« Gentechnologie zu erhöhen, ihr vorgeblicher Beitrag zur Beseitigung von Hunger und Armut einen zentralen Platz ein. Die Industrie und ihre Lobbyisten versprechen Lösungen für alle Probleme der Landwirtschaft in Afrika – von sauren Böden über Trockenheit und Schädlingsbefall bis hin zu geringen Erträ-

5 Aaron deGrassi, *Genetically Modified Crops and Sustainable Poverty Alleviation in Sub-Saharan Africa*

6 Zitiert bei Jonathan Matthews, *GM Crops Irrelevant for Africa*, www.i-sis.org.uk/GMCIFA.php

7 Hannington Odame, u.a., *Innovation and Policy Process. Case of Transgenic Sweet Potato in Kenya*, in: *Economic and Political Weekly*, July 6, 2002, 2777

gen und Mangelernährung. Und sie suggerieren zugleich: Es gibt keine Alternative.

Außer bei der Süßkartoffel hat die Industrie daher eine Reihe weiterer Projekte gestartet, die beweisen sollen, dass sie einen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten kann. Das westafrikanische Gegenstück zur Süßkartoffel in Ostafrika ist der Versuch, Cassava gentechnisch zu verbessern. Für ein Fünf-Jahres-Programm mit Sorghum, ebenfalls einem der wichtigsten Grundnahrungsmittel, hat Florence Wambugu von der Bill&Melinda Gates-Stiftung 18,6 Millionen US-Dollar erhalten.⁸

Für Aaron deGrassi von IDS haben diese Projekte vor allem die Funktion, Regierungen und Gesetzgebung davon zu überzeugen, dass Zulassungshürden für gentechnisch veränderte Produkte nicht zu hoch sein dürfen, wenn Bauern und Bevölkerung in den Genuss des gentechnologischen Fortschritts kommen sollen. So sollten sich staatliche Regulierungen auf ein nachsorgendes Risikomanagement beschränken, anstatt eine langwierige Risikoanalyse zur Voraussetzung für eine Zulassung zu machen. Um durch eine industriefreundliche Gesetzgebung und Regulierung »US-Interessen an Genprodukten voranzutreiben«, verfolgen die USA nach Auffassung von GRAIN eine „mehrgleisige Strategie“, wobei multilaterale und bilaterale Handelsabkommen, diplomatischer Druck sowie Lobbyarbeit und Finanzierung durch nationale und regionale Biotechnologie-Netzwerke, organisiert durch USAID, zusammenspielen.⁹

Bereits 1991 startete USAID das Projekt »Landwirtschaftliche Biotechnologie für nachhaltige Produktivität«¹⁰, das unter anderem einheimische Wissenschaftler förderte. Getragen wurde es von einem Konsortium privater Unternehmen, darunter Asgrow, Monsanto, and Pioneer Hi-Bred und wissenschaftlichen Institutionen. Auch mit dem *Program for Biosafety Systems* (PBS), das vom Internationalen Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) mit Sitz in Washington durchgeführt wird, und der *Collaborative Agricultural Biotechnology Initiative* (CABIO) versucht USAID, Einfluss auf die Gestaltung der Gesetzgebung zu biologischer Sicherheit zu nehmen. Dabei konzentrieren sich die Aktivitäten vor allem auf Kenia, Uganda, Mali und Nigeria.

Afrikas Regierungen stehen unter Druck: Sie sind abhängig von Gebern, Entwicklungsorganisationen und Industrie, wollen aber auch den Zug wissenschaftlicher Neuerungen nicht verpassen. Entsprechend erfolgreich sind die Bemühungen der Lobbyisten: So half in Uganda eine NGO, die enge Beziehungen zu USAID und Rockefeller-Stiftung unterhält, die nationalen Bestimmungen über biologische Sicherheit völlig zu verwässern.¹¹ In Ghana wurde Anfang November 2005 mit finanzieller und logistischer Unterstützung von Weltbank und USAID eine Experten-Gruppe aus Ministerien, Wissenschaftsinstitutionen und US-Agenturen eingesetzt, um die Anwendung der modernen Biotechnologien zu regeln und zu fördern. Vorbild für die Lobbyisten ist Südafrika, das zu den Ländern mit der raschesten Einführung

8 Agriculture & food, who benefits from gm crops, 2007, 84 (Friends of the Earth International); Sorghum: a crop to feed the world or to profit the industry? Seedling April 2007 (www.grain.org)

9 GRAIN, USAID: Making the world hungry for GM crops, 1. Eines der Instrumente, um Länder unter Druck zu setzen, sei der US *Millennium Challenge Account* (MCA, www.mca.gov). Um Geld aus diesem Fonds zu erhalten, musste zum Beispiel Mali detailliert darlegen, wie es »sinnvolle Politik« umzusetzen beabsichtige, um »wirtschaftliche Freiheiten und Chancen« zu fördern. Nach Aussage eines MCA-Mitarbeiters wird bei der Bewertung von »wirtschaftlicher Freiheit« auch die Genpolitik eines Landes berücksichtigt.

10 Dieses *Agricultural Biotechnology for Sustainable Productivity Project* wurde später umbenannt in *Agricultural Biotechnology Support Project*.

11 USAID: Making the world hungry for GM crops, GRAIN Briefing, 17

von Gentechnik-Pflanzen gehört. So benötigen dort Importeure keine gesonderte Importlizenz mehr, sobald ein Genprodukt – zum Beispiel Monsanto's Gen-Weizen – in Nordamerika zugelassen wird. Eine eigenständige, souveräne Kontrolle über die biologische Sicherheit existiert damit nicht mehr. Frustriert zieht GRAIN Bilanz: »In immer mehr Ländern sehen wir die Einführung von Gesetzen und Verfahren, die gentechnisch veränderten Pflanzen den Weg ebnen, selbst wenn Regierungen ihre Sorge um die biologische Sicherheit und das Festhalten am Cartagena-Protokoll beteuern. In Lateinamerika werden diese Gesetze ›Monsanto-Gesetze‹ genannt.«¹²

Am erfolgreichsten war diese Strategie bislang bei Baumwolle. Nach Burkina Faso, dem ersten westafrikanischen Land, das Monsanto Feldversuche mit bt-Baumwolle erlaubte, startete auch Mali, der größte Baumwollproduzent in Afrika südlich der Sahara, ein Fünfjahres-Programm, bei dem USAID, Monsanto und Syngenta federführend sind, um GMOs wie Baumwolle einzuführen. Als nächste Umfaller-Kandidaten gelten Tansania, wo USAID seit langem Druck auf die Regierung macht, Tunesien, Simbabwe, Ägypten und Kenia. Pedro Sanchez, Ex-Vorsitzender der UN-Hunger Task Force und eifriger Biotech-Befürworter, jubelt: »Transgene Pflanzen werden inzwischen in Afrika akzeptiert. Ich bin überzeugt, dass der Kampf gewonnen ist.«¹³

aus: Uwe Hoering, Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich. Hamburg (VSA-Verlag) 2007, S. 69-75

12 www.grain.org/articles/?id=9 von Oktober 2005

13 The African Green Revolution Takes Off: A Progress Report, www.worldfoodprize.org/assets/symposium/2006/transcripts/Sanchez.pdf